

Wir gratulieren!

Wie das Co-Präsidium die Partei auf Siegeskurs bringen will. Seite 4



LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
191 · Ausgabe CH · November 2020
AZB 3001 Bern



**JETZT
REFERENDUMS-
KARTE GEGEN
ANTI-TERROR-
GESETZ
UNTER-
SCHREIBEN!**

Georgios Keifalaz/Keystone

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN!

Am 29. November entscheidet das Stimmvolk über die Kriegsgeschäfte-Initiative und die Konzernverantwortungs-Initiative. Ab Seite 6

HARTE ZEITEN

Wie «Härtefall-Unternehmer» über die Runden kommen – ein Neumitglied aus der Reisebranche erzählt. Seite 18

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,



Täglich ergreifen wir neue Massnahmen, um das Corona-Virus in Schach zu halten. Es werden Clubs geschlossen, im Freien wird die Maskenpflicht verhängt und die Universitäten müssen in den Online-Modus umschalten. Was allen Massnahmen gemein ist: Ihre Wirkung erfahren wir nicht im Moment. Erst Wochen und Monate später wird klar, ob sie sinnvoll waren oder doch eher mühsam, lästig oder gar schädlich. Die Corona-Krise können wir nur gemeinsam lösen. Gelingt es uns, ein neues Wir-Gefühl zu entwickeln – oder kämpfen alle für sich allein, halten sich an die Massnahmen, oder auch nicht?

Diese Fragen verbinden die Corona-Krise mit der drohenden Klimakatastrophe. Auch hier müssen wir dringend Massnahmen ergreifen, von denen wir nicht mit letzter Sicherheit wissen, ob sie die richtigen sind und genügen. Wir oder vielleicht erst unsere Nachkommen werden in ferner Zukunft erfahren, ob wir unser Mobilitätsverhalten rasch genug geändert und die Häuser ausreichend gedämmt haben. Und es braucht die Anstrengungen von uns allen. Denn auch dieses Problem können wir nur gemeinsam lösen.

In dieser Hinsicht ist Covid-19 ein Testlauf für unser Verhalten in der Klimakrise. Darum: Wir müssen gemeinsam Druck auf den Finanzplatz machen, damit die Investitionen in fossile Energien sofort ein Ende haben. Oder damit das CO₂-Gesetz in der Volksabstimmung durchkommt. Denn beides ist garantiert richtig.

Solidarische Grüsse
Pia Wildberger

INHALT

- 4 **«Wo es drei Mitglieder hat, kann eine Sektion entstehen»**
Wie Mattea Meyer und Cédric Wermuth die SP auf Siegeskurs bringen wollen
- 6 **«Kein Geschäft mit dem Tod!»**
Warum Nationalrätin Franziska Roth und Erich Fehr, Pensionskassen-Chef und Bieler Stadtpräsident, die Kriegsgeschäfte-Initiative vorbehaltlos unterstützen
- 8 **Für Schäden geradestehen**
Ständerat und Strafrechtswissenschaftler Daniel Jositsch erklärt die Grundzüge der Konzernverantwortungs-Initiative
- 13 **Aktionswoche: Die Pflegenden haben mehr verdient!**
- 14 **Referendum gegen Anti-Terror-Gesetz**
Menschenrechte zählen auch unter Druck
- 15 **Schwarze Listen gehören abgeschafft**
Doch die zuständigen Kommissionen wollen die Listen bloss «verbessern»
- 17 **SP60+: «Nicht nur Kaffee und Kuchen»**
Co-Präsidentin Marianne de Mestral tritt zurück
- 18 **«Ich habe einen Covid-Kredit bezogen»**
Wie Neumitglied und Reisebüro-Inhaber Koni Kölbl über die Runden kommt

HODLER

NEXT JOB:
HOLZ
HACKER?



Lass die Schweizer Kultur
nicht zur Geschichte werden...

#5VOR12

A&R
GMBH

Die Kultur geht den Bach runter

Mit den verschärften Corona-Bestimmungen stehen viele Kulturschaffende, Bühnentechniker, Kinos und Konzertsäle am Abgrund. Die Hoffnung auf Besserung, auf Auftrittsmöglichkeiten, Konzerte und Aufführungen – dahin. Viele Anlässe wurden gar nicht erst geplant, geplante Events wieder abgesagt. Nur wenige Institutionen können es sich leisten, für ein Publikum von 50 Leuten eine Aufführung zu bestreiten.

«Rettet die Kultur!» Mit diesem Aufschrei wenden sich Betroffene an die Öffentlichkeit. Viele Clubs, Agenturen, Musikgruppen und Theaterschaffende stehen vor dem Aus. Wenn der Bund der Kulturbranche jetzt nicht unter die Arme greift, werden viele verschwinden – und die Kulturlandschaft, wie wir sie kennen, wird nach Corona nicht mehr so sein wie zuvor. Die Härtefallregelung, die für Anfang 2021 versprochen wurde, kommt zu spät. Es braucht jetzt dringend einen grosszügigen Umgang mit Tageländern aus der EO für Kulturschaffende und Selbstständigerwerbende. Das sollte auch für Schausteller oder für die Reisebranche gelten.

Instagram: @alon_renner

Eine Sonnenbrosche fürs Frauenstimmrecht



Vom Schatten ins Licht: Die Sonnenbrosche steht für die Gleichstellung schlechthin, nicht nur weil Bundesrätin Ruth Dreifuss sie in den 90er-Jahren häufig am Revers trug. Zum 50-Jahresjubiläum des Frauenstimmrechts lancieren wir darum die originale Brosche neu. Sie erinnert daran, dass heutige Selbstverständlichkeiten von unseren

Vorkämpferinnen hart erkämpft werden musste. Das vergoldete Schmuckstück ist «Made in Switzerland» und online für 25 Franken zu bestellen.

Geliefert wird die Brosche in einem roten Geschenk-Säcklein. Wenn du bei der Bestellung «aufrundest», hilfst du bei der Finanzierung der Jubiläumskampagne mit. Merci! www.sp-ps.ch/de/sonnenbrosche

KLIMA-POSITIONSPAPIER

Befragung startet später

Derzeit erarbeitet die SP Schweiz ein neues Klima-Positionspapier. Nach den Inputs der Expertinnen und Experten, die sich bis im Oktober einbrachten, gilt es einige zentrale Punkte zu klären. Daher wird die Befragung aller Mitglieder zum neuen Klimapositionspapier erst zu Beginn des neuen Jahres starten. Dann werden alle in einem innovativen Online-Prozess die Möglichkeit bekommen, sich mit ihren Ansichten und Fachkenntnissen einzubringen.

Von superreichen Krisengewinnlern und Rentnern

Die Reichen werden auch in der Corona-Krise immer reicher. Gemäss dem «Billionaires Report 2020» der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC und der Grossbank UBS vereinten die Milliardäre dieser Welt Ende Juli 2020 ein rekordhohes Gesamtvermögen von 10,2 Billionen US-Dollar auf sich. Auch hierzulande konnten die Superreichen seit Ausbruch der Pandemie ein hübsches Sümmchen anhäufen: Gemäss SRF stieg ihr Vermögen von April bis Juli 2020 um 29 Prozent. Die Schweizer «Milliardärspopulation» nahm um zwei auf 37 Personen zu.

Wie in der Krise viele erfahren, kann es natürlich auch mal in die andere Richtung gehen. Da trifft es sich gut, dass wenigstens Milliardär und alt Bundesrat Christoph Blocher nicht mehr um seine finanzielle Zukunft bangen muss. Er bekommt rückwirkend ein Ruhegehalt von 1,1 Millionen Franken ausbezahlt.



«Wo es drei Mitglieder hat, Sektion entstehen»



Jonas Zürcher

VOR ZWEI WOCHEN WURDEN MATTEA MEYER UND CÉDRIC WERMUTH PRAKTISCH EINSTIMMIG INS CO-PRÄSIDIUM DER SP SCHWEIZ GEWÄHLT. IN ZAHLREICHEN INTERVIEWS – AUCH IM LETZTEN LINKS – ZEIGTEN SIE DIE SCHWERPUNKTE IHRER POLITIK AUF. WIE GEHT ES NUN KONKRET WEITER? WIE WOLLEN DIE BEIDEN DIE PARTEI AUF SIEGESKURS BRINGEN? Interview: Pia Wildberger

Ihr möchtet die Arbeit der Kantonalparteien mehr in den Vordergrund stellen. Wie geht ihr das an?

Mattea: Zunächst wollen wir den Kantonalparteien zuhören, um ihre Anliegen und Bedürfnisse aufnehmen zu können. Die Besuche in den kantonalen Geschäftsleitungen verzögern sich wegen Corona, aber wir wollen das rasch angehen. Grundsätzlich ist die kantonale Ebene für die nationale Arbeit von zentraler Wichtigkeit. Viele wesentliche politische Fragen werden auf kantonaler oder gar auf kommunaler Ebene geklärt.

Könnt ihr ein Beispiel geben?

Mattea: Ich denke etwa an die SP Luzern mit dem Modell-Prozess für höhere Prämienverbilligungen. Andere Kantonalparteien nahmen dies auf. So konnten wir auf nationaler Ebene eine gemeinsame Kampagne lancieren, die schlussendlich in die Prämien-Entlastungs-Initiative mündete.

Oder die Corona-Krise. Viele wichtige Fragen betreffen die kantonale Ebene – zum Beispiel eine Corona-Prämie für das Gesundheitspersonal, die Rekrutierung von zusätzlichem Spitalpersonal oder die Zahlung von Härtefall-Beiträgen für betroffene Unternehmen. Hier haben wir den Kontakt zu allen Kantonalparteien gesucht, um koordiniert vorzugehen und etwas zu erreichen. (Cédric kommt hinzu)

Ihr ruft zur aktiven Sektionsgründung auf. Auf dem Land ist ein gegenteiliger Trend festzustellen ...

Cédric: Die Mitgliedergewinnung und der Sektionsaufbau sind eine zentrale, nationale Aufgabe der SP. Wir müssen aktiv in den weissen Flecken nach Sympis und Mitgliedern suchen. Wo es drei Mitglieder hat, kann eine Sektion entstehen. Insbesondere in den Agglomerationen. Die SP ist dann stark, wenn sie in der Gesellschaft verankert ist.

In den Gemeinden leisten unsere Mitglieder unglaublich wichtige Arbeit, häufig allein. Das ist schwierig, persönlich wie politisch. Ich komme ja selber aus einer kleinen Gemeinde im Freiamt.

Mattea: Die SP wächst, allein in den letzten zwei Wochen sind 410 Neumitglieder dazugekommen. Ganz offensichtlich wollen sich die Leute bei uns engagieren. Viele finden bei uns ihre politische Heimat. Man engagiert sich dort gerne, wo man mit anderen eine Leidenschaft teilt, wo man diskutiert und streitet, aber am gleichen Strick zieht. Wo man weiss, dass man etwas verändern kann.

Wie wollt ihr die Offenheit gegenüber sozialen Bewegungen stärken?

Mattea: Eine SP-Sektion kann beispielsweise die lokale Klimastreik-Bewegung an eine Versammlung einladen und zuhören, welche Forderungen und Politik die Klimastreikenden vertreten. Für uns beginnt die Politik nicht im Bundeshaus und sie hört auch nicht da auf. Fortschritt wird auf der Strasse erkämpft. Dass wir jetzt einen zweiwöchigen Mini-Vaterschaftsurlaub haben, verdanken wir nicht dem Parlament, sondern dem Frau-

kann eine

enstreik. Vor vier Jahren sagte dasselbe Parlament Nein zum gleichen Anliegen. Der Druck auf der Strasse ist zentral.

Wie können sich die Mitglieder einbringen?

Mattea: Gewisse Mitglieder möchten sich für ein bestimmtes Thema engagieren. Sie sind der SP nach dem Frauenstreik beigetreten, wegen der Klimapolitik oder weil sie sich für eine Elternzeit einsetzen möchten. Hier wollen wir Gefässe schaffen, damit sich Mitglieder direkt, unkompliziert und auch zeitlich befristet an nationalen Projekten beteiligen können.

Ihr wollt die SP zur besten Kampagnen-Organisation machen, sagt ihr vor der Wahl. Wie geschieht das?

Cédric: Die SP hat in den elektronischen Medien eine gute Präsenz aufgebaut. Die Basiskampagne nutzen wir schon länger. Beides ist wichtig. Gerade auch vor dem Hintergrund eines zusammenbrechenden politischen Journalismus wird die Kommunikation direkt mit den Leuten nochmals an Bedeutung gewinnen, auch wegen der Pandemie-Situation. In der heutigen Situation geht es darum, schneller, präziser und öfters präsent zu sein und eigene politische Inhalte zu präsentieren.

Mattea: Von der Kampagne der Konzernverantwortungsinitiative können wir viel lernen. Sie gibt den Ton an und ist überall positiv präsent – in der medialen Debatte, in den Diskussionen während der Kaffeepause, auf Social Media. So viele Menschen, die Fahnen aufhängen, Postkarten schreiben, hinter dem Anliegen stehen, die Initiative zu ihrem eigenen Projekt machen. Solche Ideen wollen wir auch mit der SP entwickeln. Wir sind dafür gut aufgestellt. (Mattea muss gehen.)

Ein Wort zum Schluss?

Cédric: Wenn wir wollen, dass die SP wieder stark wird, müssen wir politische Risiken eingehen. Wir getrauen uns, Antworten auf der Höhe der Zeit zu liefern. Es braucht konkrete Vorschläge von uns für einen «System change», wie ihn die Klimajugend zu Recht fordert. Der Finanzplatz muss sofort aus der Finanzierung fossiler Energien aussteigen. Wir brauchen den Aufbau öffentlicher Pflege- und Kinderbetreuungsinstitutionen. Oder eine allgemeine Erwerbsausfallversicherung, welche die wirtschaftliche Existenz sichert. Das bedeutet, dass wir Volksinitiativen lancieren, dass wir uns intensiver mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auseinandersetzen. Es braucht einen Aufbruch, wenn wir die Partei aus dem Tief herausholen wollen. Wir sind überzeugt, dass wir das gemeinsam schaffen.

PARTEITAG-RÜCKBLICK

Der erste digitale Parteitag

Innerhalb weniger als 48 Stunden musste der Parteitag vom 17. Oktober 2020 coronabedingt auf eine digitale Durchführung umgestellt werden – eine riesige Herausforderung für das Sekretariat, aber auch für die Delegierten. Anstatt sich im Basler Messezentrum mit anderen Genossinnen und Genossen zu vernetzen, mussten sie dem Parteitag bis 17 Uhr vom heimischen Sofa aus folgen und elektronisch abstimmen.

Zum Glück konnte das IT-Team auf die Erkenntnisse aus der «Generalprobe» zurückgreifen, der Delegiertenversammlung von Ende Juni. Damals testete das Team erfolgreich die elektronische Stimmabgabe. So klappte denn die Wahl des neuen Präsidiums und des Vizepräsidiums aus technischer Sicht fast wie am Schnürchen. Nur wenige Delegierte meldeten sich bei der Hotline, die bei Bedarf dreisprachig das Vorgehen erklärte. Die Auslastung des Servers war bei den Haupttraktanden jedoch sehr hoch, sodass die Abstimmungszeit verlängert werden musste.

Die Stimmung in der nahezu leeren Messehalle war trotzdem gut, zumal auch viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier trotz Corona den Weg nach Basel gefunden hatten, um Christian Levrat gebührend zu verabschieden und das neue Präsidium zu begrüßen. Lauter Jubel brach aus, als Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler das Endergebnis der Wahl des Präsidiums bekannt gab: Gewählt sind mit 538 Stimmen Mattea Meyer und Cédric Wermuth! Auf Herausforderer Tinu Schwab entfielen respektable 23 Stimmen.

Mit grosser Spannung fieberten die Kandidierenden fürs Vizepräsidium der Wahl entgegen. Erste Fragen klärten sich, indem der JUSO ein fester Sitz im Präsidium zugestanden wurde und Martine Docourt, Co-Präsidentin der SP-Frauen, ihre Kandidatur zurückzog. Da blieben noch sieben Kandidaturen für fünf Sitze übrig. Schlussendlich wurden Barbara Gysi und Ada Marra glanzvoll im Amt bestätigt und Jacqueline Badran, Samuel Bendahan sowie Jon Pult neu gewählt. Im Präsidium vertreten sind darüber hinaus Ronja Jansen (JUSO), die beiden Co-Generalsekretäre Michael Sorg und Rebekka Wyler sowie Roger Nordmann (Fraktionspräsidium).

Viele positive Rückmeldungen

Zwar fehlte coronabedingt vieles, was sonst zu einem normalerweise zweitägigen Parteitag gehört: eine Party, eine inspirierende Rede einer ausländischen «Grösse» der Sozialdemokratie, kulturelle Darbietungen. Und doch gelang es, den «Spirit» in die Wohnzimmer der Genossinnen und Genossen zu bringen. Das freut die Mitarbeiterinnen des Sekretariats – allen voran Colette Siegenthaler, die den Parteitag organisierte. Stellvertretend für viele Mails, die uns im Nachgang erreichten, hier die Zeilen von Genossin Fanny: «Wir haben am digitalen Parteitag mitgemacht, und ich sage «mitgemacht», weil es wirklich nicht nur ein Zuschauen war, sondern wir ganz dabei waren, bis zur Internationalen am Schluss. Danke!»

Pia Wildberger

IZERISCHE · NATIONALE

GELD FÜR WAFFEN



Aktivistin Louise Schneider bei der Lancierung der Initiative 2017.

Kein Geschäft mit dem Tod

DIE SCHWEIZ IST ZU RECHT STOLZ AUF IHRE HUMANITÄRE UND DIPLOMATISCHE TRADITION. DOCH AM ELENDE AUF DEN KRIEGSSCHAUPLÄTZEN DIESER WELT VERDIENEN UNSERE PENSIONSKASSEN, DIE NATIONALBANK UND DIE CREDIT SUISSE UND CO. KRÄFTIG MIT: SIE INVESTIEREN UNSERE RENTEN UND ERSPARNISSE IN GROSSE RÜSTUNGSKONZERNE – SOGAR IN ATOMWAFFENPRODUZENTEN! DAMIT MUSS ENDLICH SCHLUSS SEIN. DARUM JA ZUR KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE.

Am 29. November geht es um die Glaubwürdigkeit der Schweiz im Kampf gegen tödliche Kriegsgeschäfte. Unser Land setzt sich für die Rechte von Zivilisten in bewaffneten Konflikten ein, investiert aber pro Kopf über 1000 Dollar jährlich in Atomwaffenproduzenten. Nur die USA investieren noch mehr. Wenn unser Geld dieselben Konflikte anheizt, für die die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, ist das ein massiver Widerspruch.



Franziska Roth, Nationalrätin SO

sende Menschen wurden verletzt und aus ihrer Heimat vertrieben. Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» will deshalb, dass unsere Nationalbank, die Schweizer Pensionskassen und die Grossbanken unser aller Geld nicht mehr in internationale Rüstungskonzerne investieren.

Das Kriegsmaterialgesetz kennt zwar ein Verbot der direkten und indirekten Finanzierung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie von Antipersonenminen und Streumunition. Die Bestimmungen weisen jedoch grosse Lücken auf, die die Pensionskassen,

Banken und Nationalbank zu nutzen wissen.

Im letzten Jahr investierten Schweizer Finanzinstitute rund 9 Milliarden Franken in Konzerne, die Massenvernichtungswaffen herstellen. Dies berechnete die Organisation ICAN, die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Deren Studie belegt, dass unsere Rentengelder in US-amerikanischen Rüstungskonzernen angelegt werden, deren Kriegsgerät weltweit Personen tötet, verstümmelt und bedroht.

Pensionskassen, UBS, Credit Suisse, die Nationalbank: Sie alle betreiben das Geschäft mit dem Tod. Das will die Kriegsgeschäfte-Initiative stoppen.

Nachhaltigkeit zahlt sich aus

Der Schweizer Finanzplatz muss transparenter und nachhaltiger werden. Nachhaltiges Investieren ist

Getötet, verletzt, vertrieben

2019 gab es weltweit 152 Kriege und Konflikte, in denen 75 600 Personen getötet wurden. Hunderttau-

nicht nur notwendig, sondern auch gewinnbringend. Hätten die Pensionskassen vor einem Jahr einzig in nachhaltige Anlagen investiert, wäre das Pensionskassenvermögen heute um 9 Milliarden höher. Die moralische Pflicht der Schweiz, sich nicht an kriegs- und konfliktbedingtem Elend zu bereichern oder dieses mitzufinanzieren, wirkt sich am Schluss sogar positiv auf unsere Renten aus – denn nachhaltige Investitionen haben längerfristig höhere Renditen, das zeigen diverse Untersuchungen

Wir können nicht weiterhin Frieden predigen und Krieg fördern. Die Finanzbranche ist in der Lage, verantwortliches Anlegen zu fördern. Private und institutionelle Anleger sowie zahlreiche städtische und kantonale Pensionskassen schliessen bereits heute in ihren Anlage-reglementen die Finanzierung von geächtetem Kriegsmaterial wie nuklearen Waffen, Streumunition oder Antipersonenminen aus. Der Blick nach Nordeuropa zeigt: Die grössten Financiers aus den Niederlanden und Norwegen haben die Geschäfte mit Atomwaffenproduzenten in den letzten Jahren komplett eingestellt. Machen wir es ihnen nach!

DARUM GEHT ES

☞ Die Schweizer Nationalbank, unsere Pensionskassen und Grossbanken investieren jährlich viel Geld in internationale Rüstungskonzerne. Es fliessen gar Schweizer Gelder in die Produktion von Atomwaffen. Damit muss endlich Schluss sein.

☞ Letztes Jahr investierten Schweizer Finanzinstitute neun Milliarden Franken in Konzerne, die Massenvernichtungswaffen herstellen.

☞ Künftig sollen Nationalbank, Pensionskassen und Grossbanken nur noch in Unternehmen investieren, die weniger als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit Rüstungsgütern erwirtschaften.

Damit weniger Menschen sterben, verletzt oder zur Flucht gezwungen werden.

«Ich kann keinen Mehraufwand feststellen»

Erich Fehr*, die Pensionskasse der Stadt Biel hält sich bereits heute an die Regeln, die die Kriegsgeschäfte-Initiative verlangt. Wie kam es dazu?

Wir liessen aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses eine Studie zur Nachhaltigkeit unserer Anlagen machen und stellten fest, dass wir uns mit geringfügigen Abweichungen an die Vorgaben der Kriegsgeschäfte-Initiative halten. Wir investieren seit rund vier Jahren konsequent nicht mehr in Hersteller von Rüstungsgütern.

Welche Erfahrungen hast du gemacht?

Die Kriterien der Kriegsgeschäfte-Initiative sind problemlos umsetzbar, bei Direktanlagen in Firmen sowieso. Eine Herausforderung können Fonds-Produkte darstellen. Da muss man jedoch Augenmass walten lassen. Salopp gesagt: Sollten sich an fünfter Stelle hinter dem Komma Investitionen in einen Rüstungshersteller verstecken, muss man das hinnehmen. Sonst steht der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen. Doch die Zeit spielt für uns.

Wie meinst du das?

Für eine Kasse wie unsere, die vorwiegend in Fonds investiert ist, wird es zunehmend einfacher. Die Leute wollen nicht mehr in Fonds mit Rüstungsgütern investieren. Dieser gesellschaftliche Druck führt dazu, dass immer mehr nachhaltige Fonds zur Verfügung stehen.

Welche Rendite erzielt eure Pensionskasse?

Als Verwaltungskommission steht man immer in einem Spannungsfeld zwischen ethischer Verantwortung und dem Auftrag, für die Versicherten eine möglichst gute Rendite zu erzielen. Wir können jedoch zufrieden sein. Dank unserer nachhaltigen Anlagestrategie liegt unsere Rendite über dem Benchmark.

Wie gross ist der Aufwand für Nachhaltigkeit?

Ich kann keinen Mehraufwand feststellen. Der grösste Aufwand findet im Kopf statt – bis die Versicherten und die Verantwortlichen umdenken und entscheiden, von Investitionen in Rüstungsgüter wegzukommen. Auch darum braucht es ein Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative.



* Erich Fehr ist Genosse, Stadtpräsident von Biel und steht der Verwaltungskommission der Pensionskasse der Stadt Biel vor. Das Anlagevermögen der Pensionskasse beträgt rund 1 Mia. Franken.

STAND PUNKT



Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)

Auf Augenhöhe

Letzte Woche organisierten Gewerkschaften und Personalverbände eine Aktionswoche im Gesundheitswesen. Trotz Corona fanden Verteil- und Protestaktionen statt, mit Abstand und Maske. Auch die SP unterstützt die Forderungen des Personals nach besseren Arbeitsbedingungen und nach Aufwertung der Gesundheitsberufe. Schon im Frühling hiess es: Applaus allein reicht nicht. Die systemrelevanten Berufe waren plötzlich – endlich – in aller Munde. In so vielen Branchen braucht es höhere Löhne, bessere Bedingungen, Mitbestimmung und Wertschätzung. Der Mensch muss von seinem Einkommen leben können, aber er lebt nicht vom Brot allein. Wertschätzung, Respekt, Begegnung auf Augenhöhe müssen Haltungen sein, nicht bloss schöne Worte.

Ebenfalls letzte Woche habe ich gewerkschaftlich organisierte Flugbegleiterinnen getroffen. Wir alle wissen, dass der Luftverkehr auch nach dem Ende der Corona-Krise nicht mehr das frühere Niveau erreichen wird. Verstärktes Bewusstsein für den Klimawandel und Abgaben auf Flugbillette tragen dazu bei. Das ist gut. Aber nicht nur. Denn gleichzeitig machen sich die Menschen, die am und um den Flughafen arbeiten – Flugbegleiter, Bodenpersonal, Pilotinnen und andere mehr – Sorge um ihre Zukunft. Wie alle anderen haben auch sie das Recht auf eine fair bezahlte Arbeit unter guten Bedingungen. Wir von der SP müssen uns mit Gewerkschaften und Personalverbänden an einen Tisch setzen und schauen, was wir politisch dazu beitragen können, um ihre Zukunft zu sichern.

Zu oft habe ich gehört, die SP sei elitär geworden. Es stimmt nicht. Aber wir müssen auch zeigen, dass es nicht stimmt. Egal, woher wir kommen, was wir arbeiten und was wir sonst noch tun: Wir reden mit allen auf Augenhöhe. Wir nehmen Menschen wahr, und wir nehmen sie ernst. Denn wir alle sind gleich, auch wenn wir alle verschieden sind. Mit dieser Überzeugung müssen wir an die Sache herangehen. Gemeinsam mit möglichst vielen Menschen im Land müssen wir politische Ziele formulieren und diese dann auch umsetzen.

Trinkwasser verseucht.
Kind vergiftet.
Rohstoffkonzern haftet.

JA!
am 29. November

**Konzern-
verantwortung**

Nichts als recht und gerecht konzern-initiative.ch

Für Schäden geradestehen

DIE GROSSE MEHRHEIT DER SCHWEIZER UNTERNEHMEN ARBEITET AUCH IM AUSLAND VERANTWORTUNGSVOLL, DOCH IMMER WIEDER SIND INTERNATIONALE KONZERNE IN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN ODER UMWELTZERSTÖRUNG VERWICKELT. DESHALB BRAUCHT ES DIE KONZERNVERANTWORTUNGS-INITIATIVE.



Daniel Jositsch,
Ständerat ZH, Pro-
fessor für Strafrecht
und Präsident des
Kaufmännischen
Verbands

Schäden präventiv verhindern

Die Initiative will, dass Konzerne nicht mehr länger die Augen vor Risiken in ihrem Geschäft verschliessen, sondern Schäden an Mensch und Umwelt präventiv verhindern. Wenn ein Konzern oder seine Tochtergesellschaft dennoch weiterhin Menschenrechte verletzt oder die Umwelt zerstört, haftet er neu dafür. Die Betroffenen erhalten die Möglichkeit, in der Schweiz Wiedergutmachung zu erlangen. Dies ist wichtig, weil einige Konzerne die schwachen Rechtssysteme in anderen Ländern ausnutzen.

Die Initiative macht internationale Standards verbindlich und verknüpft sie mit bewährten Prinzipien aus dem schweize-

rischen Zivilrecht. Die Konzernlobby und Wirtschaftsverbände versuchen die Stimmbewölkerung mit verschiedenen Fehlinformationen zu verwirren, weil sie wissen, dass die Initiative eigentlich selbstverständlich

DARUM GEHT ES

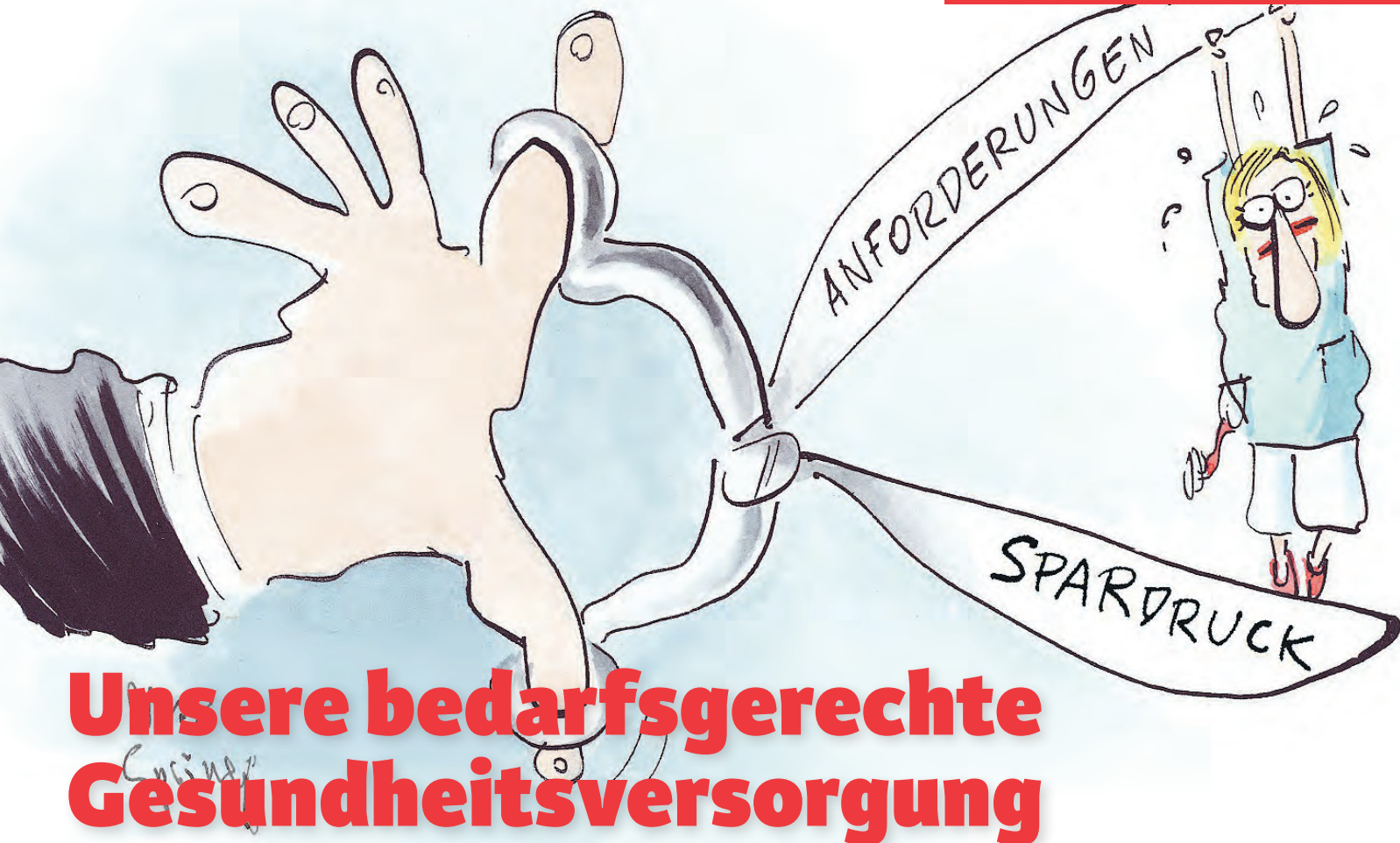
- Wenn Schweizer Konzerne oder ihre Tochterfirmen im Ausland die Menschenrechte missachten oder die Umwelt schädigen, haften sie für den Schaden.
- Geschädigte müssen den Schaden vor Gericht beweisen. Solche Verfahren sind in der Schweiz seit langem gang und gäbe.
- Die Spiesse sind für alle gleich lang: Im Ausland gelten bereits vergleichbare Gesetze, mit denen Opfer eine Wiedergutmachung verlangen können.
- Die Initiative gilt nur für Konzerne. KMU mit weniger als 250 Mitarbeitenden sind nicht betroffen.

ist. Wichtig zu wissen ist, dass die Initiative für Grosskonzerne gilt, nicht für KMU. Und gehaftet wird nur im Konzern, also nicht für Zulieferer. Die Beweislast liegt beim Kläger.

In vielen Ländern ist längst Tatsache, was die Initiative für die Schweiz fordert. Frankreich hat bereits ein ähnliches Gesetz eingeführt, wie die Konzernverantwortungs-Initiative es will. Auch in Grossbritannien, Kanada oder den Niederlanden können Geschädigte bereits heute vor Gericht Wiedergutmachung verlangen, wie es die Initiative fordert.

Breite Unterstützung aus Wirtschaft und Politik

Die Initiative wird von 130 Nichtregierungsorganisationen, Politikerinnen und Politikern aller Parteien getragen. Neben SP und Grünen haben bis Mitte Oktober bereits die BDP, die EVP, die Grünliberalen, die EDU und die Jung-CVP die Ja-Parole beschlossen. Die Initiative wird auch in der Wirtschaft breit unterstützt. Neben Gewerkschaften stehen auch die Angestelltenverbände wie der Kaufmännische Verband sowie ein Wirtschaftskomitee mit über 250 Unternehmerinnen und Unternehmern hinter der Konzernverantwortungs-Initiative.



Unsere bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung

DIE CORONA-PANDEMIE ZEIGT EINDRÜCKLICH, WIE WICHTIG UNSER GESUNDHEITSSYSTEM IST. IN DER REGION BASEL STEHEN WIR VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN, UM EIN QUALITATIV HOCHSTEHENDES UND BEZAHLBARES GESUNDHEITSWESEN ZU GEWÄHRLEISTEN. DIE BASIS DAFÜR IST EINE KONSEQUENTE UMSETZUNG DES STAATSVERTRAGES ÜBER DIE GEMEINSAME PLANUNG, REGULIERUNG UND AUFSICHT SOWOHL IM AMBULANTEN WIE AUCH STATIONÄREN BEREICH.

Jede noch so gute Planung nützt nichts, wenn die Rahmenbedingungen nicht genügen, um die benötigten Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Es ist uns deshalb ein Anliegen, dass wir den kantonalen Handlungsspielraum nutzen, um diese Rahmenbedingungen zu verbessern.

Dazu gehört genügend qualifiziertes Fachpersonal. Dafür müssen zuerst genügend Ausbildungsplätze und Praktika zur Verfügung stehen. Die SP aus beiden Kantonen hatte deshalb bereits 2018 den Regierungsrat aufgefordert, auch die ambulanten Leistungserbringenden für die Praktika stärker einzubinden.

Auch der Gegenvorschlag zur nationalen Pflegeinitiative, der nun vom Parlament beraten wird, enthält eine Passage über Ausbildungsbeiträge. Stand 23. Oktober, ist jedoch von freiwilligem Handeln der Kantone die Rede – eine weitere Abschwächung dessen was die Initiative will. Und andere Forderungen der Initiative

(Arbeitsbedingungen oder Betreuungsverhältnisse) lässt der Gegenvorschlag gänzlich aussen vor. Wir können also im Ausbildungsbereich nicht auf den Bund hoffen oder warten, sondern müssen auch kantonal weiterhin aktiv sein.

Die Fluktuation bei den Fachpersonen im Gesundheitswesen ist sehr hoch, die Berufsausstiegsquote liegt bei Pflegefachpersonen bei 46 %, bei der Ärzteschaft bei 30 %. Es ist deshalb nicht nur in Bezug auf die Anerkennung der Leistung des Fachpersonals, sondern auch aus versorgungs- und volkswirtschaftlicher Sicht von immenser Bedeutung, dass die Arbeitsbedingungen für Fachpersonen gut sind und faire Löhne bezahlt werden. Nur so kann es gelingen, mehr Fachpersonen im Beruf zu halten (und für den Beruf zu gewinnen). Eine konkrete Forderung, welche wir gemeinsam mit den Gewerkschaften stellen: Umkleizeit ist Arbeitszeit. Dies sieht auch das



Lucia Mickeler Knaack,
Landrätin



Sarah Wyss, Landrätin

Arbeitsgesetz so vor. Dafür haben wir uns in beiden Kantonen starkgemacht und erste Erfolge sind zu verzeichnen.

Bei den Löhnen im Gesundheitswesen sehen wir ebenfalls Verbesserungspotenzial. Auch wenn durch die schleichende Privatisierung des Gesundheitswesens dabei in erster Linie die Sozialpartnerschaft zum Tragen kommt, kann und muss der Staat (Bund und Kantone) seinen Einfluss walten lassen. Gerade bei höheren Qualifikationsanforderungen ist es nicht mehr vertretbar, dass das Lohnniveau dasselbe bleibt. Der Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative hingegen sieht bei den Löhnen keine Anpassungen vor. Dies bedauern wir sehr. Wir werden weiterhin in beiden Kantonen mit wiederkehrenden Vorstössen alles daransetzen, auch die Löhne zu verbessern. Ein Erfolg ist beispielsweise die Erhöhung der Inkonvenienzentschädigung für Hebammen im Kanton Basel-Stadt, die 2020 Wirklichkeit wird. Im Baselbiet wurde dies bereits 2016 umgesetzt.

Ja, das Gesundheitssystem ist systemrelevant und klatschen alleine reicht nicht aus, um ein qualitativ hochstehendes und bezahlbares Gesundheitswesen in der Region zu ermöglichen.

Baselbiet gestalten

UNSERE GESELLSCHAFT LEBT VON DER DEMOKRATIE. DIESE WOLLEN WIR AUCH IN UNSEREM PARTIZIPATIVEN INITIATIVPROJEKT «BASELBIET GESTALTEN» STÄRKEN UND DABEI DIE GANZE BEVÖLKERUNG IN DEN GESTALTUNGSPROZESS EINBEZIEHEN.



Miriam Locher, Präsidentin der SP BL

Nachdem wir parteiintern Ideen für Initiativen gesammelt und davon fünf ausgewählt und ausgearbeitet haben, gehen wir nun mit diesen Ideen an die Öffentlichkeit. Alle Menschen, die im Baselbiet wohnen, können mitbestimmen, welche der fünf Initiativideen lanciert wird. Mit den Initiativideen können wir den Leuten zeigen, was für Antworten wir als SP auf aktuelle Herausforderungen haben.

Durch die Mitbestimmungsmöglichkeit aller Baselbieter*innen wird klar, dass wir uns an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wir setzen die Idee um, welche von den meisten Leuten als vordringlich empfunden wird. Abstimmen können alle – egal ob stimmberechtigt oder nicht.

Damit wir diesen Ansprüchen gerecht werden, müssen wir möglichst viele Leute auf das Initiativprojekt aufmerksam machen. Je mehr Menschen sich an der Umfrage beteiligen, umso besser! Damit dies gelingt, sind wir auf alle unsere Mitglieder und Sympathisant*innen angewiesen. Beteiligt euch an der Umfrage! Sprecht mit euren Freund*innen, Verwandten und Arbeitskolleg*innen über unser Initiativprojekt und motiviert sie, an der Umfrage teilzunehmen. Zeigt auf, was für Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit wir als SP haben. Und nutzt die Gespräche, um Interessierte auf eine mögliche Mitgliedschaft in der SP anzusprechen.



Abstimmen bis zum 12. November auf: www.baselbiet-gestalten.ch

FÜNF IDEEN



Jeder zweite Vermögensfranken in der Schweiz wird nicht erarbeitet, sondern geerbt. Mit der gerechten Besteuerung von Erbschaften ermöglichen wir Chancen- und Leistungsgerechtigkeit und fördern Gleichheit.



Wir führen innert zehn Jahren im ganzen Kanton ein freiwilliges Tageschulangebot ein. Zur Stärkung der Chancengerechtigkeit in der Bildung und für die Unterstützung der Familien im Baselbiet.



Wir führen in Baselland einen kantonalen Mindestlohn von 21 Franken brutto ein, damit alle von einer Vollzeitstelle leben können. Zum Schutz von schwächer gestellten Arbeitnehmenden und zur Stärkung der Kaufkraft und Wirtschaft.



Wir haben das Potenzial für unseren Energiebedarf auf unseren Dächern. Mit dieser Initiative schöpfen wir das bestehende Potenzial im Baselbiet aus, anstatt die Dächer brachliegen zu lassen. Für mehr Klimaschutz durch Förderung erneuerbarer Energien.



Die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung werden bis Ende der Primarschule vom Kanton und den Gemeinden finanziert. Für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengerechtigkeit und Gleichstellung.

Warum wir uns für die Raumplanung interessieren sollten

DIE RAUMPLANUNG IST EIN POLITISCHES TEILGEBIET, DAS WEGEN SEINER KOMPLEXITÄT OFTMALS GEMIEDEN WIRD. GERADE WEIL ES DABEI UM DIE VERTEILUNG DES GRUNDGUTES BODEN GEHT UND SIE SOMIT STARK VON POLITISCHEN INTERESSEN GESTEUERT WIRD, KANN MIT EINER AKTIVEN RAUMPLANUNG VIEL BEWIRKT WERDEN. IM INTERVIEW ERKLÄRT LUKAS BÜHLMANN, WARUM EINE NACHHALTIGE SP-POLITIK ZWINGEND EINE PROAKTIVE RAUMPLANUNG ERFORDERT.

Wieso sollte uns als Sozialdemokratinnen und -demokraten das Thema Raumplanung eigentlich interessieren?

Es geht um unseren Lebensraum, die Qualität unserer Siedlungen, eine nachhaltige Mobilität, die Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums, den Schutz von Natur und Landschaft und den Erhalt des Kulturlands. Dies sind alles sozialdemokratische Anliegen; Anliegen, mit denen rot-grün geführte Städte und Gemeinden in den letzten Jahren stark gepunktet haben und die auch in ländlichen Gemeinden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt der sich entleerenden Ortskerne, der vielerorts öden Einfamilienhausquartiere und gesichtslosen Gewerbegebiete.

Die Raumplanung wird stark von nationalen und kantonalen Vorgaben gesteuert. Wie kann eine Gemeinde hier überhaupt noch gross etwas bewirken?

Das revidierte Raumplanungsgesetz des Bundes und die Vorgaben des Kantons in den Baugesetzen und Richtplänen setzen der Ausdehnung des Baugebiets Grenzen. Was jedoch innerhalb der Baugebiets passiert, ist weitgehend Sache der Gemeinden. Hier gibt es sehr viel Gestaltungsspielraum. Man muss ihn (mit sozialdemokratischer Gestaltungskraft!) nur nutzen.

Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) hält in seinem Standbericht von 2019 fest, dass 36,7 Prozent der Siedlungsflächen ausserhalb von Bauzonen liegen.* Wie kann sich die SP auf Gemeindeebene dafür einsetzen, dass wieder vermehrt innerhalb der Bauzonen gebaut wird?

Die Vorschriften zum Bauen ausserhalb von Bauzonen sind weitgehend Sache des Bundes und ein wichtiges Mittel, um der Zersiedlung Einhalt zu gebieten. Soll das Gebiet ausserhalb von Bauzonen vor Überbauung freigehalten werden, ist die Innenentwicklung ein Gebot der Stunde. Sie gelingt uns aber nur, wenn sie qualitativ erfolgreich und wenn – getreu dem SP-Motto «Für alle statt für wenige» – Mehrwerte nicht nur für die betroffenen



Das Gygax-Areal in Biel verbindet Wohnen, Arbeiten und einen attraktiven Park.

Grundeigentümer, sondern für die ganze Bevölkerung geschaffen werden!

Wie können solche Mehrwerte für die Bevölkerung entstehen?

Sie entstehen beispielsweise durch die Aufwertung des Wohnumfelds, die Schaffung von Parks und Grünräumen, Verkehrsberuhigungen, die Förderung des öffentlichen Verkehrs oder die Schaffung attraktiver Fuss- und Radwegnetze. Schlüssel für die Schaffung solcher Mehrwerte sind ein konsequenter Mehrwertausgleich und eine aktive Bodenpolitik, denn sie helfen mit, die raumplanerischen Ziele umzusetzen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Gygax-Areal in Biel (Foto), wo es die Stadt dank aktivem Bodenmanagement geschafft hat, Wohnungsbau, einen attraktiven Park und die Förderung der Wirtschaft (neuer Hauptsitz des Swatchkonzerns) unter einen Hut zu bringen.

Und zuletzt, was wäre dein Wunsch an eine zukünftige, sozialdemokratische Raumplanungspolitik?

Ich wünsche mir, dass sich die SP auf eidgenössischer und kantonaler Ebene weiterhin konsequent für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Raumplanung einsetzt, wie sie es in der Vergangenheit getan hat. Auf

kommunaler Ebene erhoffe ich mir, dass das grosse Potenzial der Raumplanung für eine sozialdemokratische Politik und die damit verbundene Möglichkeit, neue Wählerschichten zu erreichen, besser erkannt wird.

Interview: Jonas Amman



Lukas Bühlmann ist Raumplaner und Jurist. Von 2003–2019 war er Direktor des Raumplanungsverbandes EspaceSuisse. Zudem ist er Vizepräsident der SP Mühleberg-Frauenkappelen und tritt am 29. November 2020 als Kandidat zu den Gemeinderatswahlen in Mühleberg an. Im ersten Quartal 2021 wird er interessierten Mitgliedern der SP die Raumplanung in einem eintägigen Seminar näherbringen.

*ARE (2019), Monitoring Bauen ausserhalb Bauzonen – Standbericht 2019, Bundesamt für Raumentwicklung, Bern, S. 9.



Die sozialdemokratische Politik im Kanton Solothurn trägt Früchte

Der kantonale Wahlkampf steht vor der Tür und erinnert mich daran, dass ich tatsächlich schon bald vier Jahre im Amt bin. Bereits vor Corona und erst recht seit Corona kann ich mich nicht über einen Mangel an Arbeit und täglichen Herausforderungen beklagen. Seit Februar stellt die Epidemie eine grosse Belastungsprobe für das Gesundheitswesen und für die Verwaltung dar. Wir haben unzählige Verfügungen, Merkblätter verfasst, Gespräche, Sitzungen, telefonische Beratungen, Webinare etc. durchgeführt.

Doch die tägliche Knochenarbeit, all die Diskussionen, Gespräche, Entscheide, das Entgegennehmen und Ernstnehmen von Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, der Umgang mit den Gemeinden, den Verbänden, den persönlich Betroffenen – dies alles sorgt natürlich nicht für Schlagzeilen. Die sind echten oder vermeintlichen Skandalen vorbehalten. Jede Politikerin, jeder Politiker sollte sich heute früh in seiner Laufbahn daran gewöhnen. Aber für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tut es mir immer wieder leid, dass ihre Arbeit so wenig gewürdigt wird.

Neben dem Tagesgeschäft haben wir im DdI in den vergangenen mehr als 3 Jahren einige zentrale Verbesserungen für die Menschen im Kanton Solothurn erreichen können.

Nachfolgend einige Stichworte zu bisherigen Tätigkeiten:

- Änderung des Gesundheitsgesetzes mit Verbesserung der PatientInnenrechte
- Palliativecare-Konzept und Umsetzung im Kanton
- Krebsregister, Mammografie-Screening
- Förderung Hausarztmedizin (Praxisassistentenmodell ausgebaut)
- Restkostenfinanzierung ambulante Pflege seit 2019 gesetzlich geregelt (entgegen allen Unkenrufen, auch für die freischaffenden Pflegefachfrauen)
- verschiedene Änderungen des Sozialgesetzes erfolgreich umgesetzt
- das wichtigste Geschäft der Legislatur trotz Widerständen zum Erfolg gebracht: **Die Aufgaben- und Kostenentflechtung zwischen Gemeinden und Kanton in den Bereichen Alter und Behinderung.** Da der Kanton nun im Bereich Behinderung vollumfänglich zuständig ist, werde ich alles daransetzen, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.
- **Krankenkassen-Prämienverbilligung:** Verlustschiene entkoppelt und mehr Mittel für die effektive Prämienverbilligung freigemacht, schwarze Liste abgeschafft. In Sachen Prämienverbilligung sind mir weitere Verbesserungen ein grosses Anliegen.
- familienergänzende Kinderbetreuung in den Gemeinden besser verankert. Hier muss in nächster Zeit, Corona hat's nochmals vor

Augen geführt, eine gesicherte Finanzierung des Angebotes das Ziel sein. Das Betreuungsangebot soll für alle erschwinglich sein.

■ **Gewaltpräventionsprogramm** verabschiedet, Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention installiert, Beratungsstelle Gewalt als Pilotprojekt seit Herbst 19 und mit Revision des Justizvollzugsgesetzes definitiv verankert.

■ In Zusammenarbeit mit Gemeinden und den betroffenen Departementen wurde das **integrale Integrationsmodell** entwickelt, das demnächst vom Regierungsrat verabschiedet werden soll. Integration aller Integrationsbedürftigen, unabhängig von Status und Nationalität, in den Regelstrukturen als Ziel.

Es gäbe natürlich noch mehr zu erwähnen, wie zum Beispiel das Swisslosfondsgesetz, die Revision des Justizvollzugsgesetzes oder die Änderung des Polizeigesetzes.

Die gesundheits- und sozialpolitischen Erfolge vor allem auch im Kantonsrat der vergangenen dreieinhalb Jahre zeigen, dass der Dialog im Regierungs- und Kantonsrat gelingt und die sozialdemokratische Politik im Kanton Solothurn Früchte trägt, trotz unserer Position als Minderheit in der Regierung und auch im Kantonsrat. Darauf können wir stolz sein.



Auf dem Bundesplatz demonstrierten am Samstag 1000 Pflegende für bessere Arbeitsbedingungen.

Die Pflegenden haben mehr verdient!

SEIT DIE INFEKTIONSZAHLEN DES CORONAVIRUS ERNEUT STARK STEIGEN, ARBEITEN DIE PFLEGENDEN WIE IM FRÜHLING AM LIMIT UND ERBRINGEN HÖCHSTLEISTUNGEN. UND WAS TUT DIE POLITIK? NICHTS! JETZT FORDERN PFLEGENDE EINE CORONA-PRÄMIE UND GEHEN AUF DIE STRASSE. Barbara Keller, Geschäftsleitung SP Frauen*

Die Krise hat es allen vor Augen geführt: Die Gesundheitsbranche ist essenziell. Das Personal wurde mit einem neuen Virus konfrontiert, mit täglich ändernden Dienstplänen, mit endlosen Arbeitstagen, zahlreichen Überstunden und mit der ständigen Angst, sich selbst oder Angehörige anzustecken. Als Tüpfchen auf dem i wurden wichtige gesetzliche Schutzvorschriften in den Spitälern aufgehoben.

Trotz all dieser Widrigkeiten gab und gibt das Gesundheitspersonal täglich alles. Diese immense Leistung wurde von der Bevölkerung gewürdigt. Sie dankte mit lebhaftem Applaus. Wir alle wissen, dass wir auf das Gesundheitspersonal zählen können. Applaus ist gut, aber nun müssen Taten folgen!

Auf die Strasse

In der Politik und bei den Arbeitgebern bewegt sich nichts, im Gegenteil: Wegen der Pandemie kommt es zu Defiziten, und die Arbeitgeber

kündigen neue Sparmassnahmen zulasten des Personals an. Das ist untragbar! Pflegende arbeiten seit Jahren am Limit, nicht erst seit der Pandemie. Stress und gesundheitliche Probleme gehören zu ihrem Arbeitsalltag.

Für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen zu kämpfen, ist nun wichtiger denn je. Mit dem Bündnis «Gemeinsam mit dem Gesundheitspersonal» riefen die Gewerkschaften Unia, VPOD, Syna und der Pflegeverband SBK zu einer Protestwoche auf. Mit kreativen Aktionen von Menschenketten über Spalieraktionen bis zu einem «Walk of Care» verlied das Gesundheitspersonal den Forderungen Ausdruck. SP-Aktivistinnen zeigten ihre Solidarität mit Aktionen vor Spitälern.

Klare Forderungen

Den Höhepunkt bildete vergangenen Samstag eine Aktion auf dem Bundesplatz. Die Pflegenden bildeten eine Spirale rund um ein

Podest, auf dem Pflegende von ihren Alltagssituationen berichteten und Forderungen aufstellten. Ihre Forderungen:

- Eine Corona-Prämie von mindestens einem Monatslohn
- Mehr Mitsprache
- Bessere Arbeitsbedingungen

Behandeln wir also die Heldinnen und Helden der Krise, wie sie es verdient haben. Applaus reicht nicht! Es braucht faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Respekt für diese unglaublich wichtige Arbeit. Jetzt und in Zukunft!



Vor den Spitälern führten SP-Aktivist_innen am Freitag Aktionen durch.

ANTI-TERROR-GESETZ

Menschenrechte zählen auch unter Druck

TERRORISMUS LÄSST UNS OFTMALS RATLOS ZURÜCK. SEINE BEKÄMPFUNG IST SCHWIERIG. DIE ANTWORT IST MEISTENS EIN AUSBAU DER REPRESSION AUF KOSTEN DER GRUNDRECHTE. DOCH IST DIES DIE RICHTIGE ANTWORT? ICH MEINE NEIN UND UNTERSTÜTZE DESHALB DAS REFERENDUM GEGEN DAS ANTI-TERROR-GESETZ, DAS UNSERE GRUNDRECHTE MASSIV EINSCHRÄNKEN WILL.

Die Anschläge von Nizza, der grausame Mord am französischen Lehrer Samuel Paty, das Attentat auf die Synagoge von Halle, die Anschläge auf zwei Moscheen in Christchurch, das Massaker im Pariser Konzertlokal Bataclan – Beispiele gibt es viele. Terrorismus macht Angst. Er ist eine Gefahr und ein Angriff auf die offene Gesellschaft. Er muss entschlossen bekämpft werden.

Die Frage ist, wie? Verschiedene Länder haben Gesetze verschärft, Überwachungsmassnahmen und Geheimdienste ausgebaut, den Rechtsstaat teilweise ausgehöhlt. Besonders die USA sind nach dem Attentat vom 11. September 2001 in dieser Hinsicht sehr weit gegangen. Im Kampf gegen Terror wurde die Bevölkerung ausspioniert, und selbst vor Folter schreckte der Staat nicht zurück. Muss man Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte preisgeben, um mehr Sicherheit zu gewinnen?

Terrorismus mit Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen

Nein, sagt die UNO-Sonderbeauftragte Fionnuala Ní Aoláin. Sie muss es wissen, denn sie ist in Nordirland unter ständiger Terror-Drohung aufgewachsen. Die Sonderberichterstatterin für den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten bei der Terrorismusbekämpfung sagt in einem Interview mit der «Republik»: «Nur wenn man Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft, wird man die Gewalt beenden. Wenn Sie im Kampf gegen den Terrorismus das Gesetz brechen und die Menschenrechte missachten, dann begeben Sie sich in einen endlosen Kampf, den Sie nicht gewinnen können. Unzählige Studien und Auswertungen zeigen, wie schädlich staatliche Verstösse in dieser Auseinandersetzung sind.»



Min Li Marti,
Nationalrätin ZH

Jetzt will auch die Schweiz den Terrorismus entschieden bekämpfen. Mit der Vorlage «Polizeiliche Massnahmen gegen Terrorismus» (PMT) soll die Polizei neue Mittel erhalten, um präventiv gegen Terrorismus vorgehen zu können. Im Zentrum stehen sogenannte Gefährder. Das sind Leute, von denen das Bundesamt für Polizei (fedpol) wegen konkreter Anhaltspunkte davon ausgeht, dass sie eine terroristische Tat verüben werden. Mit PMT können in solchen Fällen folgende Massnahmen angeordnet werden:

- Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht
- Kontaktverbot
- Ein- und Ausgrenzung
- Hausarrest und Ausreiseverbot

Mit Ausnahme von Hausarrest können diese Massnahmen für Kinder ab 12 Jahren angeordnet werden, Hausarrest ab 15 Jahren.

Die Vorlage wird von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Spezialistinnen wie Fionnuala Ní Aoláin heftig kritisiert. Auch 60 Rechtsprofessoren und -professorinnen sprachen sich

in einem offenen Brief gegen das Gesetz aus. Besonders problematisch ist ihrer Meinung nach, dass sich die präventiven Massnahmen strafrechtlichen Massnahmen angleichen, ohne dass ein verfahrensrechtlicher Schutz gewährt wird. Zur Erinnerung: Das PMT greift vor dem Strafrecht. Die sanktionierten Gefährder und Gefährderinnen haben (noch) keine Straftat begangen.

Wer gilt als Gefährder?

Zu Kritik Anlass gibt die vage Definition von «Gefährder». Der Bundesrat gibt in der Botschaft sogar zu, dass die Einschätzung mit «prognostischer Unsicherheit» verbunden ist. Erschwerend kommt hinzu, dass für die Massnahmen mit Ausnahme des Hausarrests keine richterliche Überprüfung notwendig ist. Die Professorinnen und Professoren bezweifeln, ob der Hausarrest mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu vereinbaren ist. Denn ein Freiheitsentzug ist gemäss EMRK nur zulässig, wenn es ein ordentliches gerichtliches Verfahren gibt.

Ebenso problematisch ist in den Augen der Rechtsgelehrten, dass die Massnahmen auch bei Kindern angewendet werden können. Laut Kinderrechtskonvention muss bei Kindern der Grundgedanke des Schutzes und der sozialen Wiedereingliederung im Zentrum stehen. Stattdessen fokussiert das Gesetz allein auf Repression. Dies dürfte, so eine Einschätzung eines Experten des «Center for Security Studies» der ETH, die Terrorgefahr eher vergrössern, weil eine Stigmatisierung die Radikalisierung fördert.

Die SP hat im Nationalrat die Vorlage einstimmig abgelehnt. Die Vorlage ist rechtsstaatlich problematisch und bringt für die Sicherheit wenig. Ich werde das Referendum mit voller Überzeugung unterzeichnen und bitte auch dich, die beiliegende Karte zu unterschreiben. Merci!



Kinder haben kein Recht auf Routine-Untersuchung und Impfung, wenn ihre Familie auf der Schwarzen Liste steht.

Schwarze Listen: abschaffen und Leben retten!

ANSTATT DIE SCHWARZEN LISTEN ENDLICH ABZUSCHAFFEN, WOLLEN DIE GESUNDHEITSKOMMISSIONEN VON NATIONAL- UND STÄNDERAT SIE «VERBESSERTEN». DAS IST DER FALSCH WEG.

Wenn eine Person trotz Betreibungen die Krankenkassenprämien nicht bezahlt, landet sie in acht Kantonen auf einer so genannten «Schwarzen Liste für säumige Prämienzahler». Die Krankenkasse übernimmt dann nur noch Notfallbehandlungen, Ärztinnen und Ärzte sowie Spitäler dürfen diese Menschen damit nur noch im Notfall behandeln.

Dieses System trifft Menschen, die knapp keinen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen können. Menschen und Familien, die es gerade so schaffen, über die Runden zu kommen. Sie führen kein Leben auf der Sonnenseite, sondern in Armut und häufig mit grossen Existenzängsten. Gerade in Corona-Zeiten ist damit zu rechnen, dass sich die Zahl dieser Menschen erhöhen wird – durch Angestellte mit niedrigem Einkommen, Arbeitslose, Selbständigerwerbende.

Sterben, weil die Prämie nicht bezahlt wurde

Armut macht krank. Das ist hinlänglich bekannt. Zynischerweise wird armen Menschen ausgerechnet dann die Unterstützung verweigert, wenn sie krank werden. Und dies, obwohl



Angelo Barrile,
Nationalrat ZH und Arzt

gemäss Bundesverfassung alle Menschen das Recht auf die für ihre Gesundheit notwendige Pflege haben.

Zynisches Spiel

Der Kanton Thurgau treibt diese Praxis so weit, dass sogar Kinder auf dieser Liste landen. Sie werden bereits als Babys dafür bestraft, dass ihre Eltern die Prämien nicht bezahlen (können), und haben damit kein Anrecht auf wichtige Routineuntersuchungen und Impfungen. Im Kanton Graubünden starb sogar ein Mann an AIDS, weil die Krankenkasse wegen der kantonalen Vorgaben die notwendige HIV-Behandlung nicht bezahlte. Als der Mann am Lebensende zum Notfall wurde, war es zu spät. Was für ein Armutszeugnis für die reiche Schweiz!

Diese Listen und das Behandlungsverbot widersprechen meiner ärztlichen und menschlichen Ethik. Die notwendige medizinische Behandlung darf nicht verweigert werden. Wollen wir wirklich riskieren, dass weitere Menschen sterben oder Kinder unnötig krank werden, weil ihnen die medizinische Hilfe zu jener Zeit verweigert wurde, als eine Therapie Schaden abgewendet hätte?

Ausnahmsweise kämpfen verschiedene Akteure gemeinsam für die Abschaffung dieser Schwarzen Listen: Ärzteschaft, Spitäler, Krankenkassen und die SP. Das allein ist bereits ein bemerkenswert starkes Signal.

Zurzeit versuchen die Gesundheitskommissionen der eidgenössischen Räte die schädlichen Auswirkungen der Schwarzen Listen jedoch bloss zu minimieren, indem sie etwa die Definition von «Notfall» überarbeiten. Das reicht nicht: Bern muss ein klares Zeichen setzen und die Schwarzen Listen endlich abschaffen.

Abhilfe schafft die Prämienentlastungs-Initiative

Wenn immer mehr Menschen die Krankenkassenprämien nicht länger bezahlen können, ist der Fehler nicht in deren Zahlungsmoral zu suchen, sondern im System. Es ist unhaltbar, dass dafür die finanziell Schwächsten mit der Gefährdung ihrer Gesundheit bezahlen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Haushalte ihre Prämien wieder bezahlen können. Unsere Prämien-Entlastungs-Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Alle Probleme werden sich damit nicht lösen lassen. Aber die Initiative packt das Übel an einer der zahlreichen Wurzeln.

Was in der Gemeindepolitik zählt

Wie macht man Politik in kleinen Gemeinden? Das ist eine tägliche Herausforderung für viele SP-Mitglieder, die als Gemeinderätin oder Kommissionsmitglied vielfach alleine sind. Denn in den Versammlungsgemeinden mit fünf bis sieben Gemeinderäten sind sie in der Regel die einzigen SP-Leute. Vernetzt mit Genossinnen, die vor ähnlichen Aufgaben stehen, gelingt die Arbeit besser – und mit mehr Freude. Das «Netz-

werk Kommunalpolitik», das seit 2019 besteht, lud daher Mitte September nach Belp – und wurde von Anmeldungen geradezu überrannt. Schliesslich nahmen trotz Corona rund 80 Mitglieder an der Kommunaltagung teil.

Nach einleitenden Worten von Co-Generalsekretärin und Gemeinderätin Rebekka Wyler (Erstfeld UR) folgten packende Referate zu Wohn- und Bodenpolitik sowie zu

Raumplanung von Nationalrätin Jacqueline Badran und Julien Délèze aus dem Unterwallis. Danach standen den Teilnehmenden diverse, oft zweisprachige Aktivitäten offen. In Workshops, die von erfahrenen Genossen geleitet wurden, gelang ein Austausch zu diversen Themen der Kommunalpolitik, etwa der Sozial-, Finanz- oder Energiepolitik. Auch Themen wie «Frauen in der Exekutive» oder «Kompromisse finden» wurden engagiert diskutiert.

Die durchwegs guten bis begeisterten Rückmeldungen zeigen, dass das Angebot geschätzt wurde und nicht nur die Vernetzung im Vordergrund stand, sondern viele Exekutivmitglieder «mit mehr Energie und doppelter Motivation» nach Hause in ihren Gemeinde-Alltag zurückkreisten. Das Netzwerk Kommunalpolitik wird eine ähnliche Veranstaltung daher auch im kommenden Jahr anbieten. Und wer Fragen hat oder sich bis dahin zur Kommunalpolitik austauschen möchte, darf sich jederzeit beim Netzwerk melden (rebekka.wyler@spschweiz.ch). (PW)

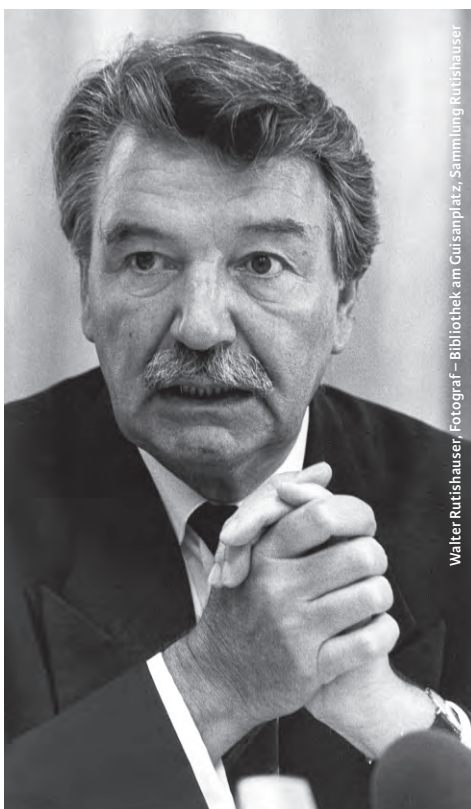


René Felber – engagierter Kämpfer für eine weltoffene Schweiz

MIT DEM EHEMALIGEN BUNDESRAT RENÉ FELBER VERLIERT DIE SP EINEN GENOSSEN VOLLER ENGAGEMENT, LEIDENSCHAFT UND GEMEINSINN. ER BESASS EINEN EISERNEN WILLEN, NICHT ZULETZT IN SEINEM LEBENSLANGEN KAMPF FÜR EINE WELTOFFENE SCHWEIZ. EIN NACHRUF ZU SEINEM TOD AM 18. OKTOBER 2020 IM ALTER VON 87 JAHREN.

Zeit seines Lebens setzte sich René Felber für den Kanton Neuenburg, für die Schweiz und für die sozialdemokratischen Werte ein. Dabei bekleidete er zahlreiche Ämter, zuletzt vertrat er die SP von 1988 bis 1993 im Bundesrat. 1992 war er Bundespräsident. Sechzehn Jahre leitete René Felber als Stadtpräsident die Geschicke von Le Locle und vertrat die SP elf Jahre lang im Grossen Rat von Neuenburg. Von 1981 bis 1987 war er Staatsrat.

Die lokale Verankerung war ihm besonders wichtig, um die Interessen möglichst vieler Menschen vertreten zu können. Diese Verankerung sowie das starke Bedürfnis nach Begegnung und Austausch prägten sein Leben.



Walter Rutishauser, Fotograf – Bibliothek am Guisanplatz, Sammlung Rutishauser

Den Volkswillen umsetzen

Nach vierzehn Jahren trat René Felber 1981 aus dem Nationalrat zurück. Obwohl er nicht mehr dem Parlament angehörte, wurde er 1988 in den Bundesrat gewählt. Dort vertrat er mit Stolz als EDA-Vorsteher die Schweiz im Ausland. 1992 scheiterte er mit der schwierigen Aufgabe, die Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu führen. Trotz dieser Niederlage wird vor allem seine Entschlossenheit in Erinnerung bleiben, den Volkswillen umzusetzen und gleichzeitig gegen die Isolation unseres Landes zu kämpfen.

René Felber war ausgebildeter Lehrer und ein guter Zuhörer. Seine politischen Gegner lobten sein rednerisches Talent und seine Gabe, abweichende Meinungen anzuhören. Er blieb bis zu seinem Tod ein aufrichtiger und aufmerksamer Genosse. So versäumte er es nie, seine Abwesenheit an Parteitagen oder Delegiertenversammlungen der SP entschuldigen zu lassen.

Seinen Angehörigen und Freunden spricht die SP Schweiz ihr herzliches Beileid aus. Wir werden René Felber ein ehrendes Andenken bewahren.

SP60+: «Nicht nur Kaffee und Kuchen»

MARIANNE DE MESTRAL BAUTE IN ZWÖLF JAHREN MIT VIEL HERZBLUT UND ZIELSTREBIGKEIT DIE SP60+ AUF. NUN TRITT SIE ALS CO-PRÄSIDENTIN ZURÜCK. IHR GEBÜHRT EIN RIESIGER DANK.

In den Nullerjahren war für viele ältere Genossinnen und Genossen die Welt noch in Ordnung. In zahlreichen Kantonen hatten sie parteiintern das Sagen, auch in meinem Kanton, dem Tessin. Das Verständnis für die Anliegen der «Kerngruppe», die später die SP60+ gründen sollte, war darum nicht überall gleichermaßen ausgeprägt.

Doch Marianne de Mestral erkannte das Bedürfnis einer erfahrenen Generation, sich weiterhin in die Partei einbringen zu können. «Aktiv, nicht nur Kaffee und Kuchen», wie sie immer wieder sagte. Zielstrebig formte sie aus der ehemaligen Kerngruppe, die 2010 erstmals ein Konzept erarbeitete, die SP60+ – gegen alle Widerstände. An der Delegiertenversammlung Ende 2012 schafften wir auf Anhieb die Zweidrittelmehrheit, die wir zur for-



Carlo Lepori, Co-Präsident SP60+

mellen Gründung als Organ der SP Schweiz benötigten.

Enormer Mitgliederzuwachs

Wir starteten mit ein paar hundert Mitgliedern. Heute sind wir über 2000. Das ist zu einem guten Teil auch Mariannes Verdienst. In der politischen Arbeit lernte ich ihre Beharrlichkeit, aber auch ihre Flexibilität schätzen. Aus vielen Gremien, die sich mit Alterspolitik beschäftigten, brachte sie Kenntnisse ein.

Der hoch erfreuliche Mitgliederzuwachs verlangte schon bald nach neuen Strukturen. Aus unserem ehemals beschaulichen Zweierteam entstand eine professionelle Struktur mit Geschäftsleitungssitzungen, Delegiertenversammlungen, regelmässigen Newslettern und überraschenden Aktionen.

In besonders guter Erinnerung sind mir die Aktionen mit der JUSO. In der Debatte um die Krankenkassen-Initiative demonstrierten wir, die «schlechten Risiken», gemeinsam mit den «guten Risiken». Mit ihrer offenen Art gelang es Marianne, gemeinsam mit den Jungen unseren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Die Arbeit mit Marianne, die in den USA studiert hatte und viel Erfahrung aus früheren politischen Tätigkeiten mitbrachte, war immer bereichernd. Mit ihren klaren Vorstellungen zur Weiterentwicklung der SP60+ gab sie den Takt vor. Doch typisch Marianne: Auch für die Kleinarbeit war sie sich nie zu schade.

Nun, nach zwölf Jahren, will Marianne de Mestral «ihr Werk» in jüngere Hände legen, coronabedingt ein halbes Jahr später als geplant. Wir wünschen ihr für die Zukunft Gesundheit, viel Freude und Zeit für die Familie. Und es bleibt nur eines zu sagen: Danke, Marianne!



Marianne de Mestral in der Mitte (Vierte v.l.) an einer gemeinsamen Aktion mit der JUSO.



CHRISTINE GOLL TRITT AN

Mit Christine Goll ist es der SP60+ gelungen, eine profilierte Politikerin für die Nachfolge von Marianne de Mestral zu gewinnen. Christine Goll stellt sich an der Mitgliederversammlung vom 17. November 2020 als Co-Präsidentin zur Wahl.

Nachdem die Mitgliederversammlung coronabedingt vom Mai auf November verschoben wurde, muss sie nun online abgehalten werden. Die entsprechenden Informationen werden den Angemeldeten termingerecht zugestellt.



5 Fragen an Koni Kölbl

1. Heute hast du dein Reisebüro in der Berner Altstadt geräumt, das du dort 14 Jahre lang geführt hast. Wie geht es dir?

Der Hausbesitzer stellte proaktiv eine Bank als Nachmieter. Auch eine Lösung, um Mietenschädigungen in der Covid-Krise zu sparen. Die Stimmungsschwankungen sind gross. In den letzten Monaten sind viele Tränen geflossen. Aber dann denke ich wieder, dass die Krise eine Chance ist und sich etwas Neues ergeben muss. Ich bekomme von Kundinnen und Kunden viel Wertschätzung und Zuspruch. Das gibt mir Kraft und Hoffnung.

2. Wo ziehst du hin?

Ich zügle nach Hause. Zum Glück könnte meine Mitarbeiterin ebenfalls von zuhause aus arbeiten. Wenn es wieder aufwärts geht, müssen wir schauen. Vielleicht entsteht ein neues Arbeitsmodell. Bis zur Krise hatte ich ein kerngesundes Reisebüro, das die Branchen-Bereinigung der letzten 20 Jahre gut überstanden hatte.

3. Wie kommst du über die Runden?

Ich habe einen Covid-Kredit bezogen. Die Mitarbeiterin bekommt Kurzarbeitsentschädigung, aber als Eigentümer des Reisebüros gehe ich seit Juni leer aus. Die Härtefallklausel wird für viele zu spät kommen und EO-Entschädigungen lassen auf sich warten. Kürzlich habe ich mich beim Kanton als Wildhüter beworben. Ich hoffe aber trotz allem, dass es mein Reisebüro in eine bessere Zukunft schafft. Mit 58 Jahren wird es eng auf dem Arbeitsmarkt.

4. Warum bist du der SP beigetreten?

Ich will etwas bewegen. Ich bin im Vorstand des Reisebüroverbands TPA. In den letzten Monaten habe ich bei Politikern und Medien versucht, für unsere Branche und die 12 000 Angestellten Verständnis zu schaffen. Die SP nimmt die Anliegen der Härtefall-Branchen wahr und mit Mattea Meyer habe ich viel Kontakt, sie setzt sich wirklich für uns ein.

5. Was erwartest du von der SP?

Mit dem neuen, dynamischen Duo an der Spitze, das volksnah, herzlich und ehrlich arbeitet, wird die SP genau die Partei, die wieder Wähleranteile gewinnt. In gewissen Themen sehe ich durchaus Koalitionen mit den Grünen, der GLP oder vereinzelt mit der BDP. Cédric Wermuth, Jon Pult, Mattea Meyer – das sind Hoffnungsträger für mich.

Zu Koni Kölbls Reisebüro: travel-solutions.ch

DIE OSTSCHWEIZ UND DER REST DER WELT



Zu der Zeit, als die NZZ Anfang des 19. Jahrhunderts aufständische Arbeiter als «anständige, besorgte Familienväter» bezeichnete, wurde in der Ostschweiz das Ende der Textil-Manufakturen eingeläutet und die industrielle Revolution setzte ein. In Stefan Kellers

Buch «Spuren der Arbeit» lesen wir von den Arbeits- und Klassenkämpfen dieser Zeit. Kellers breit angelegter Bericht aus der Ostschweiz zeigt anhand von Einzelschicksalen exemplarisch 200 Jahre Geschichte der Arbeit auf, wobei die grossen Zusammenhänge vielfach erst im Kleinen deutlich werden. So beschreibt Keller das Leben junger Italienerinnen, die mit Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen haben, ebenso wie die Geschichten von Thurgauer Migranten, die in Singapur erfolgreiche Unternehmer werden. Immer wieder öffnet Stefan Keller den Blick und stellt Bezüge zur übrigen Schweiz und zur Weltgeschichte her.

Schritt für Schritt zeichnet der Autor so ein detailliertes und gut recherchiertes Bild eines Zeitraums, der von extremem strukturellem Wandel geprägt ist. Mit jeder Lebensgeschichte erfährt die Leserschaft mehr über die Umstände und Vorstellungen der damaligen Zeit. So stiessen beispielsweise die ersten Forderungen, die Kinderarbeit auf 12 bis 14 Stunden pro Tag zu reduzieren, nicht nur bei den Fabrikanten, sondern auch bei Eltern auf taube Ohren. Oder in den Anfangszeiten einer «Migrationspolitik» wurden Kriminelle dafür bezahlt, die Schweiz zu verlassen, sodass sie hier keinen Schaden mehr anrichten konnten.

Dieses Buch zeigt eindrücklich, warum die Ängste, Sorgen und Bedürfnisse der Menschen, die während der industriellen Revolution alles verloren, auch heute von Belang sind und im politischen Diskurs nicht ignoriert werden dürfen. Denn auch wenn seither nur sehr wenig beim Alten geblieben ist, stellt man beim Lesen immer wieder Parallelen zur heutigen Zeit fest. Dies lässt sich als Mahnung lesen, aber auch als Verpflichtung der Politik, allen zuzuhören. Die Gesellschaft muss die Erfahrungen von Sanspapiers, Pflegefachfrauen oder Taxifahrern ernst nehmen, die Menschen wie sie mit der Globalisierung und Digitalisierung machen.

Nilo Cavalli

Stefan Keller, *Spuren der Arbeit*, Rotpunktverlag, erhältlich in deiner Lieblingsbuchhandlung.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Migrationspolitik und Migrationsrecht: Fakten, Wertungen, Perspektiven

D2.1.2010
9./10. November 2020, Hotel Boldern, Männedorf
Inhalt: Geschichte der Migrationspolitik, Ausländergesetz (AG) und Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA), gewerkschaftliche Positionen zu AG und FZA
Referenten: Hilmi Gashi (Unia), Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Werde SchweizerIn! – Handlungsanleitung zur Einbürgerung D2.1.2012

16. November 2020, Restaurant Aarhof, Olten
Inhalt: Gesetzliche Grundlagen, Einbürgerungspraxis in den Kantonen, Voraussetzungen für die Einbürgerung
Referent: Luca Cirigliano (SGB)

Doppelte Buchhaltung: Einführungskurs

D1.8.2022
30. November/1. Dezember 2020, Solbadhotel, Sigriswil
Inhalt: Eine Vereinsbuchhaltung eröffnen (Eröffnungsbilanz), Geschäftsfälle verbuchen und die Jahresrechnung erstellen (Schlussbilanz und Erfolgsrechnung)
Referentinnen: Karin Baumann (Unia), Anna-Barbara Kappeler (Treuhandlerin), Ezgi Karaboya (Betriebsökonomin)

Der Europäische Betriebsrat (EBR) – Eine Chance für Arbeitnehmende multinationaler Betriebe

D1.7.2012
1. Dezember 2020, Hotel Olten, Olten
Inhalt: Wesen und Funktionsweise des EBR, Errichtung eines EBR, Zusammenarbeit zwischen

EBR, PV und Gewerkschaften, Arbeit von EBR-Mitgliedern in der Praxis
Referent: Rolf Beyeler (Unia), Mitglied EBR

Politische Zusammenhänge verstehen

D2.1.2015
12./13. Januar 2021, Altes Spital, Solothurn
Inhalt: Die schweizerische Demokratie, politische Abläufe und Machtverhältnisse, persönliches Engagement, politische Einflussnahme der Gewerkschaften
ReferentInnen: Tamara Funciello (Nationalrätin), Florian Vock (Grossrat AG), Bettina Stüssi (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

AGENDA 2020

17. NOVEMBER 2020
Mitgliederkonferenz SP60+, digital

13. FEBRUAR 2021
Delegiertenversammlung SP Schweiz

Aktuelle Infos unter www.spschweiz.ch/agenda

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.



SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG DER SCHWEIZ

In den kommenden Jahren sind exorbitante Ausgaben für die Armee geplant: Neben dem Kauf neuer Kampffjets werden nahezu sämtliche Hauptsysteme der Armee ersetzt. Doch welches sind die potenziellen und vor allem plausiblen Risiken, die das Land heute und in Zukunft bedrohen? SP-Nationalrat Pierre-Alain Fridez legt ein umfassendes Werk zu Sicherheit und Verteidigung der Schweiz vor. Das Buch gibt es überall dort zu kaufen, wo es gute Bücher gibt.

SIE FÖRDERN NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT. IHRE GELDANLAGE AUCH?

Jetzt in Kleinbauern investieren und eine positive soziale und ökologische Wirkung erzielen

Genossenschaftlich
Pionier seit 1975
59 000 AnlegerInnen weltweit



www.oikocredit.ch
044 240 00 62

**KEIN SCHWEIZER GELD
FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT**



JA ZUR
KRIEGSGESCHÄFTE
INITIATIVE

kriegsgeschaefte.ch



2x JA
am
29. November
2020

**Pestizide versprüht.
Lunge verätzt.
Agrokonzern haftet.**

JA!
am 29. November

**Konzern-
verantwortung**

Nichts als recht und gerecht. konzern-initiative.ch